

Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 25.11.2003

Vorlage Nr. 03-F-01-0059

**Bedarfsanalyse zu den Ortsverwaltungen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2003 -
Der Ausschuss möge beschließen:**

Der Magistrat wird gebeten

**eine professionell ausgestaltete Bedarfsanalyse zur Nutzung der Wiesbadener
Ortsverwaltungen in die Wege zu leiten, anhand der ermittelt werden soll**

**welche Dienstleistungen die Bürgerinnen und Bürger in erster Linie von ihren
Ortsverwaltungen erwarten,
wie viele Bürgerinnen und Bürger -bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl der jeweiligen
Ortsteile- die Ortsverwaltungen bei den derzeitigen Öffnungszeiten wöchentlich nutzen,
welche Dienstleistungen von den Bürgerinnen und Bürgern derzeit vorzugsweise in
Anspruch genommen werden,
in welchem Umfang diese Bürgerinnen und Bürger - bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl
der jeweiligen Ortsteile - die Ortsverwaltungen bei den geplanten reduzierten Öffnungszeiten
noch nutzen würden,
welche Dienstleistungen von den Bürgerinnen und Bürgern evtl. gewünscht werden, die
derzeit von den Ortsverwaltungen nicht angeboten werden,
wie viele Bürgerinnen und Bürger die Reduzierung der Öffnungszeiten unter dem
Gesichtspunkt der Kostenersparnis für den städtischen Haushalt als gerechtfertigt ansehen
würden,
welche Dienstleistungen die Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb ihres Ortsteils
wahrzunehmen bereit wären,
wie viele Bürgerinnen und Bürger bei Benennung der Gründe keine Möglichkeit haben, eine
andere Ortsverwaltung und / oder eine Verwaltungsstelle im Innstadtbereich aufzusuchen.**

Beschluss Nr. 0056

1. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2003 betr.

Bedarfsanalyse zu den Ortsverwaltungen

wird bis zur Sitzung des Ausschusses am 03.02.2004 zurückgestellt.

2. Folgendes nimmt der Ausschuss zur Kenntnis:

- die mündlichen Berichte von Herrn Oberbürgermeister Diehl, Herrn Giegerich (Leiter des OB-Büros) und Frau Zieren-Hesse zu dem bisherigen Stand und zu dem geplanten weiteren Vorgehen bei der Neuorganisation der Wiesbadener Ortsverwaltungen,

- dass sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ortsverwaltungen als auch Personalrat und Schwerbehindertenvertretung in die Umstrukturierungsprozesse von Anfang an mit einbezogen wurden und die jetzt angedachten Veränderungen in Bezug auf die Öffnungszeiten eine Anpassung an die geänderten Bedürfnisse der Bevölkerung darstellen,
- dass von Seiten der Ortsbeiräte, der Ortstellenleiter und der Bevölkerung keine konkreten Wünsche oder Anregungen zur Erweiterung der Aufgabenbereiche der Ortsverwaltungen genannt worden sind,
- dass nach einer Probephase von ca. 1 Jahr eine Analyse durch das Amt für Statistik, Wahlen und Stadtforschung zu den geänderten Öffnungszeiten usw. der Ortsverwaltungen durch geführt wird.

3. Der Ausschuss bittet den Magistrat,

- dem Ausschuss rechtzeitig vor seiner Sitzung am 03.02.2004 die in den neunziger Jahren erstellte Analyse zu den Ortsverwaltungen und eine Zusammenfassung der jetzt geplanten Änderungen vorzulegen und
- in der Sitzung am 03.02.2004 einen kurzen Abriss zu der vorgenannten Analyse zu geben und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11. 2003

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2003

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2003

Dezernat I/10
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister